

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Dohlan u. Verwaltung: Drag II, Wetzelska 15 • Tel. Nr.: 26795, 31469, Nachred. (ab 21 Uhr): 33556 • Postamt: 57544

13. Jahrgang.

Mittwoch, 28 Juni 1933

Nr. 149.

Nazispitzel in Prag.

Die Nachricht von einer angeblichen Verlegung des Parteivorstandes der SPD. nach Prag hat offenbar die Polizei des Dritten Reiches einigermaßen in Aufregung versetzt, und es ist daher seit mehreren Tagen eine bedeutende Zunahme der Spionagetätigkeit in Prag festzustellen. So hat insbesondere ein bekannter Berliner Polizeispitzel Paul T., der vorzugsweise in kommunistischen Kreisen zu „arbeiten“ pflegte, Prag aufgesucht. Man hat ihm aus Vorsichtsgründen unrichtige Angaben in die Hände gespielt. Inzwischen hat aber die Polizei ihr Augenmerk auf diesen eigenartigen Besucher gelenkt, seiner weiteren Praxis dürfte damit wohl ein Riegel vorgeschoben sein.

Das gleiche gilt von zwei jungen Leuten, die in der Flüchtlingsfürsorge erschienen und sich durch Geldspenden und Zigarettenverteilung einzuführen suchten. Recherchen haben ergeben, daß sie es lediglich auf Ausständischaftungen abgesehen hatten, ja mit der Absicht hier aufgetaucht sind, Provokationen herbeizuführen, die eventuell den Emigranten das Leben hier politisch erschweren könnten. Die deutschen Emigranten sind politisch zu gescheitert, um auf solches Aukerium hereinzufallen, aber trotzdem scheint eine öffentliche Warnung vor derartigen unfauleren Elementen dringend am Platze zu sein.

Das christliche Gewerkschaftsorgan gestohlen!

Berlin, 27. Juni. Die Tageszeitung „Der Deutsche“, früher das Organ Stegerwalds, des Führers der christlichen Gewerkschaften, wird ab 1. Juli 1933 als Zentralblatt der deutschen Arbeitsfront unter der Herausgeberschaft des Führers der deutschen Arbeitsfront, Dr. Leh, erscheinen.

Auch Stahlhelmfelder werden enteignet!

Nach einer Meldung des Zeitungsdienstes hat der Führer der deutschen Arbeitsfront eine Anordnung erlassen, in der auf Grund der Unterstellung des Stahlhelms unter dem Führer der NSDAP Adolf Hitler die Übernahme der Stahlhelm-Selbsthilfe durch die Stellen der NSDAP angeordnet und die Einordnung der Stahlhelm-Selbsthilfe in die deutsche Arbeitsfront befohlen wird.

Anrufung des Staatsgerichtshofes

durch den Berliner Oberkirchenrat.

Berlin, 27. Juni. Der des Amtes enthobene ehemalige Oberkirchenrat in Berlin hat wegen der vom preussischen Kultusminister und seinen Kommissaren getroffenen Anordnungen für die evangelischen Kirchen der altpreussischen Union Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig eingereicht.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß trotz dem Uebereinkommen, das zwischen dem Bischof von Speyer und dem Delegierten der nationalsozialistischen Partei erzielt wurde, heute neuerdings zwei Priester in der Pfalz verhaftet wurden.

Auch die Mandate der Staatspartei erloschen.

Berlin, 27. Juni. Wie das B.D.Z.-Büro meldet, werden durch die Annullierung der sozialdemokratischen Reichstagsmandate auch die Mandate der Staatspartei in Mitleidenschaft gezogen, da die Staatspartei im Reichstag und Preußenlandtag infolge des getrockneten Wahlkommens auf Grund sozialdemokratischer Wahlvorschlüge gewählt wurden. Die drei Staatspartei im preussischen Landtag haben bereits die Verständigung erhalten, daß ihre Mandate erloschen sind. Die fünf staatsparteilichen Reichstagsabgeordneten werden zweifellos dasselbe Schicksal teilen.

150 Gemeindeangestellte müssen Hakenkreuzlern weichen!

Ludwigshafen, 27. Juni. Der Bürgermeister und sein Stellvertreter wurden ihrer Ämter enthoben und in Schutzhaft genommen. Der Führer der nationalsozialistischen Lokalorganisation beschloß, 150 Gemeindeangestellten zu kündigen, die durch Nationalsozialisten ersetzt werden sollten.

Ein wohlverdientes Schicksal:

Demission Hugenberg's

Entscheidung des Reichspräsidenten noch nicht gefallen.

Berlin, 27. Juni. Wie das Conti-Büro meldet, hat der deutsch-nationale Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg heute nachmittag dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Die Entscheidung des Reichspräsidenten, der auf seinem Gut in Reudetal weilt, ist erst für morgen zu erwarten. Staatssekretär Reihner wird heute abends zum Vortrag beim Reichspräsidenten nach Reudetal fahren.

Wie das Conti-Büro weiter meldet, steht die Selbstauflösung der Deutschnationalen Front, wie die deutschnationale Partei in der letzten Zeit hieß, unmittelbar bevor.

Offenbar will Hugenberg der Schande zuvorkommen, sich seine Partei von denselben Sarzburger Bundesgenossen verbieten zu lassen, die er in unglaublicher Verblendung in den letzten Jännertagen selbst in den Sattel gehoben hat.

Eine Abordnung des engeren Parteivorstandes der Deutschnationalen Front sprach abends in der Reichskanzlei vor, um über die Frage der Auflösung der Deutschnationalen Front mit führenden Persönlichkeiten der NSDAP-Führung zu nehmen.

Selbstauflösung der Hugenbergpartei

Die Mandate der Führer gerettet!

Berlin, 27. Juni. (Conti.) Die Reichspressestelle der NSDAP teilt gegen Mitternacht mit:

„In vollem Einvernehmen mit dem Reichskanzler und in Erkenntnis der Tatsache, daß der Parteienstaat überwunden ist, hat die Deutschnationale Front heute ihre Auflösung beschlossen. Sie wird bei den nötigen Maßnahmen zur Abwicklung nicht behindert werden.

Die ehemaligen Angehörigen der Deutschnationalen Front werden vom Reichskanzler als volle und gleichberechtigte Mitkämpfer des nationalen Deutschland anerkannt und vor jeder Kränkung und Zurücksetzung beschützt; das gilt insbesondere für alle Beamten und Angestellten. Die wegen politischer Vergehen in Haft befindlichen ehemaligen Mitglieder der

Deutschnationalen Front werden unverzüglich in Freiheit gesetzt und unterliegen keinerlei nachträglicher Verfolgung.

Die Fraktionen des Reichstages und der Landtage der NSDAP und der bisherigen Deutschnationalen Front sichern eine einheitliche Stellungnahme durch Abordnung von einem oder mehreren Mitgliedern der ehemaligen Deutschnationalen Front in die Vorstände der Fraktionen der NSDAP. (Reichstag und preussischer Landtag je zwei). Sinngemäß wird in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern verfahren.

Vorliegendes ist vom Herrn Reichskanzler unterzeichnet sowie von den Herren von Winterfeldt, Freiherrn von Freytag-Loringhoven und Dr. Poensgen als Vertreter der vormaligen Deutschnationalen Front.“

Abrüstungskonferenz bis Oktober vertagt.

Genf, 27. Juni. In einer kurzen Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz wurde beschlossen, daß in der am Donnerstag stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses der Konferenz vorstehende Henderson den Antrag auf Vertagung der Beratungen des Hauptausschusses bis zum 16. Oktober stellen wird. Bis zu dieser Zeit würde der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz zu Verhandlungen mit den Delegationsführern über die den englischen Abrüstungsplan betreffenden Hauptprobleme beauftragt werden, über die weder in London noch in Paris etwas Bestimmtes vereinbart werden konnte.

Im Büro der Konferenz machte außer dem deutschen Botschafter Radolny niemand Einwendungen gegen eine Vertagung; es ist demnach wahrscheinlich, daß der Antrag Hendersons im Hauptausschusse günstig aufgenommen werden wird. Im Bedarfsfalle wird im Juli oder während der Völkerverammlung eine Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz einberufen werden.

In privaten Unterredungen mit den Delegierten sprach sich der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz Henderson sehr pessimistisch über die Aussichten eines günstigen Abchlusses der Abrüstungsberatungen aus.

Maulkorb für die preussischen Beamten.

Jede Kritik als „Miesmacherei“ verboten / Denunziantentum Pflicht!

Berlin, 27. Juni. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Göring an die nachgeordneten Behörden seines Amtsgebietes folgenden Rundschreiben gerichtet:

„Es ist beobachtet worden, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Unterhaltung mit anderen Personen Äußerungen beklunden, die geeignet sind, Anzusehenshaft über die von der nationalen Regierung getroffenen Maßnahmen zu erzeugen und Mißtrauen unter die Bevölkerung zu säen. Es handelt sich um Personen, die man mit dem Ausdruck „Miesmacherei“ treffend kennzeichnen kann. Ich

ordne allen Beamten, Angestellten und Arbeitern an, daß künftig in derartigen Methoden eine Fortsetzung der marxistischen Hehe erblickt wird. Miesmacher sind daher als verkappte Marxisten anzusehen, die sich auf diese Weise noch immer im marxistischen Sinne betätigen. Ich erlaube alle, denen Personaldienstaufsichtspflichten obliegen, auf diese Fälle genau zu achten und mir sofort die betreffenden Personen unverzüglich namhaft zu machen. Ein Unterlassen dieser Anzeigen werde ich als eine betonte Solidaritätsverletzung mit solchen Personen betrachten müssen.

Zwangsarbeit gegen Arbeitsmangel?

Es scheint wirklich, daß unseren Reaktionen jeder dumme Einfall gerade gut genug ist, um mit ihm ihre „Politik“ zu machen. Anders könnte man das Vorgehen der Zentrale der Handels- und Gewerbekammern gar nicht verstehen, die eben dem Ministerium für soziale Fürsorge ihr Gutachten über die Nobelisierung der Arbeitslosenfürsorge übermittelt haben und dort neben mancherlei anderen Lebenswürdigkeiten die Einführung der Arbeitspflicht als Gegenleistung für die ausbezahlte Unterstützung fordern.

Schon die Forderung an sich ist eine unerhörte Verleumdung der Arbeiterklasse und kann gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Bedeutet sie doch nicht mehr und nicht weniger als die Unterstellung, daß der Großteil, wenn nicht alle Arbeitslosen arbeitsscheue Elemente seien, die man zur Arbeit erst zwingen müsse. Nicht deshalb gibt es so viele Arbeitslose in der Welt, weil die von den Handelskammern verteidigte und gestützte kapitalistische Wirtschaftsordnung vollständig verjagt und aus der Weltwirtschaft ein Chaos gemacht hat, sondern deshalb, weil diese Arbeitslosen nicht arbeiten wollen! Man weiß wirklich nicht, was man da mehr bewundern soll, ob die Unverfrorenheit oder die Naivität, mit der hier ein paar tolle Unternehmerindici der Deffentlichkeit Sand in die Augen streuen wollen. Jeder, der sich einigermaßen im Arbeiterleben auskennt, weiß, wie sehnüchlich so ein Familienvater nach Arbeit sucht, wie er sich die Beine abläuft, um irgendwo auch nur eine Gelegenheitsarbeit zu finden. Es gibt keine Arbeit und sogar die Saisonarbeiter werden immer spärlicher. Und diesen Zustand soll nach Ansicht der Handelskammerzentrale, also einer halbamtlichen Körperschaft, wo doch immerhin ernste Menschen sitzen, die etwas von der Volkswirtschaft verstehen sollten, die Arbeitspflicht beseitigen. Könnte uns vielleicht einer der Herren Doktoren sagen, wie er denn mit der Arbeitspflicht das vorhandene Arbeitsquantum auch nur um ein Jota vergrößern will?

Die Kammerzentrale sagt, daß die Arbeitslosen öffentliche Arbeiten leisten sollen. Nun wird es den Herren vielleicht doch nicht ganz entgangen sein, daß es gerade die Vertreter der Arbeiterklasse in der Regierung, im Parlament und in den Selbstverwaltungskörpern sind, die am meisten nach der Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten rufen. Wie oft haben wir in unserer Presse die verheerenden Wirkungen der Gemeindefinanzgesetze beklagt, welche die Investitionstätigkeit der Selbstverwaltung nahezu vollständig gedrosselt haben! Wie lange haben unsere Vertreter im Parlament nach der Arbeitsanleihe gerufen, um so die notwendigen Mittel für öffentliche Investitionsarbeiten zu gewinnen! Wäre es den Herren von der Kammerzentrale gar so ernst mit den öffentlichen Arbeiten, so hätten sie zum mindesten auf ihre Mitglieder einen größeren Einfluß ausüben müssen, daß sie sich etwas mehr an der Zeichnung der Arbeitsanleihe beteiligen hätten.

So, wie die Dinge heute liegen, ist es gerade der katastrophale Geldmangel, der die Vergabe öffentlicher Arbeiten hemmt. Im „Prävo lidu“ hat dieser Tage Abg. Genosse Ing. Nečas auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und besonders darauf, daß ein Betrag von 60 Millionen Kronen genügen würde, um den Gehenden von 5000 Gemeinden zu entsprechen, die beim Ministerium für soziale Fürsorge um Beiträge zur produktiven Arbeitslosenfürsorge eingebracht wurden. Nicht einmal diese 60 Millionen Kronen aber stehen zur Verfügung! Womit also soll die viel weitergehende Arbeitspflicht finanziert werden? Glauben die Herren von der Kammerzentrale

wirklich ernstlich, daß es genügt, ein paar hundert Arbeitslose unter Aufsicht von einigen Polizisten oder sonstigen Vertretern der Obrigkeit auf die Straßen zu stellen und sie nun „arbeiten“ zu lassen? Wer wird das notwendige Material, das notwendige Werkzeug beistellen? Im günstigsten Falle muß man damit rechnen, daß die Kosten der Arbeit mindestens das Doppelte der Lohnsumme, in manchen Fällen aber noch weit mehr betragen. Wenn also heute die Kosten der Arbeitslosenfürsorge eine Milliarde jährlich ausmachen, so würde die Durchführung der Arbeitspflicht diese Kosten um mindestens eine weitere Milliarde, eher aber um eineinhalb Milliarden steigern. Möchte die Kammerzentrale vielleicht dem Finanzminister und der parlamentarischen Sparkommission raten, wo sie diese Riesensumme hernehmen sollen, da es sich ja überhaupt um keine produktiven Arbeiten handeln kann, die etwa eine Verzinsung und Amortisierung ermöglichen würden? In Deutschland hat man die Arbeitspflicht bekanntlich eingeführt, teils aus denselben Motiven, wie sie aus dem albertinen und undurchführbaren Vorschlag der Kammerzentrale hervorgehen, nämlich aus reinem Haß gegen die Arbeiter, teils auch aus militaristischen Gründen, und die vernünftigen deutschen Volkswirtschaftler geht schon heute das Grausen an. Denn wenn man die Leute auch fast umsonst arbeiten läßt, so sind doch die Kosten derart enorme, daß sich jeder fragt, wie man sie bezahlen soll. Hitler-Deutschland hat bereits auf diese Frage eine Antwort gegeben, indem es für eine Milliarde Mark Schatzscheine herausgab, was man wohl als wenig verhüllte Form einer Inflation bezeichnen kann. Sollten etwa die Herren von der Kammerzentrale auch so etwas wünschen, um die Arbeiter doppelt betragen zu können?

Sagen wir nun aber doch den Fall, daß es auf irgendeinem Weg gelingt, diese Zwangsarbeit zu finanzieren. Was wird die Folge sein? Können sich damit die wirtschaftlichen Verhältnisse auch nur im geringsten bessern? Die öffentlichen Arbeiten werden in der Regel in den Sommermonaten ausgeführt. Sie bestehen in Straßenbauten und Straßentemperaturen, in Meliorationen, im Bau und in der Erhaltung verschiedener Wasserstraßen usw. Ist bei diesen Arbeiten bisher irgendwo ein Mangel an Arbeitern zu beklagen gewesen? Wer die Verhältnisse kennt, der wird wissen, daß das nicht der Fall war und daß es sehr oft zwischen den Arbeitern erbitterte Kämpfe selbst um diese schäbigen Arbeitsplätze gibt, daß man vielfach über „Proletion“ klagt, wenn der oder jener eine solche Arbeit bekommt. Führt man nun die Arbeitspflicht ein, so werden selbst diese seltenen Arbeitsstellen ausgeschaltet und der Arbeitsmarkt erfährt eine weitere Verschärfung! Ist das etwa das Ziel der „weitblickenden“ Wirtschaftspolitik der Zentrale der Handelskammern? Liegt das im Sinne der Beschlüsse der Internationalen Handelskammern, liegt das im Sinne der Absichten der Internationalen Arbeitskonferenz oder der Weltwirtschaftskonferenz?

Nein, das alles kann nicht der Sinn einer solchen Maßnahme sein. Und da wir die Her-

ren doch nicht für dümmere halten wollen als sie sind, so bleibt nur noch eine einzige Erklärung: sie bezwecken mit ihrem Antrag nicht mehr und nicht weniger als einen Generalangriff auf die Löhne und die vertraglich gesicherten Arbeitsbedingungen! Denn es ist wohl anzunehmen, daß man den Arbeitsdienstpflichtigen ebenso wie in Deutschland keineswegs den vertraglich festgelegten Lohn, sondern eben einen „Notstandslohn“ zahlen würde, den dann irgendein reaktionärer Bezirkshauptmann festlegen würde.

Man sieht das heute schon in Deutschland, wo durch die militärisch aufgezwungene Arbeitspflicht die vertraglichen Rechte der Arbeiter auf altem Wege beseitigt werden. So wird aus den bayerischen Arbeitsdienstlagern gemeldet, daß dort die Leute bis zu zehn Stunden arbeiten müssen, (daneben noch zwei bis drei Stunden militärischen und „Wehrsportübungen“ zu obliegen haben) und daß sie an

private Unternehmer vermietet werden, wie das bei uns mit den Sträflingen geschieht.

Dieser Gefahren ist sich die Arbeiterschaft nur zu gut bewußt und deshalb hat sich die Arbeiterschaft dort, wo die Arbeiter mitzuentschieden hatten, noch nirgends durchsetzen können. In Oesterreich zum Beispiel sind kaum ein paar hundert Menschen an ihr beteiligt und die Kosten übersteigen hier bei weitem den praktischen Erfolg. Ebenso wenig konnte man diese moderne Form der Sklaverei und der vollständigen Entrechtung der Arbeiterklasse in anderen Ländern mit einer freien Arbeiterbewegung erzwingen. Eben deshalb ist es aber notwendig, allen solchen unüberlegten Plänen der Scharfmacher schon von vorneherein mit aller Energie entgegenzutreten und sie im Keime zu ersticken. Sie sind undurchführbar und es bedeutet daher nur eine überflüssige Provokation der Arbeiterschaft. J. B.

Der Kampf der Staatsbahnen gegen das Defizit.

436 Millionen Betriebsabgang im ersten Jahresdrittel.

Ueber die finanzielle Situation der Staatsbahnen erstattete Eisenbahnminister Genosse Pechyné in der gestrigen Sitzung des Verkehrs Ausschusses ein ausführliches Referat.

Die ungünstige finanzielle Entwicklung der Bahnen geht demnach auch heuer weiter; erst in den letzten Wochen kam es zu einer mäßigen Besserung, von der man noch nicht weiß, ob sie anhalten wird.

Gegenüber 1932 sind die Einnahmen in den ersten vier Monaten des heurigen Jahres von 912,7 auf 765,8 Millionen zurückgegangen, also um 146,9 Millionen oder 16,09 Prozent. Die Ausgaben konnten in derselben Zeit nur um 127 Millionen herabgesetzt werden. Der Betriebsverlust beträgt für dieselbe Zeit rund 436 Millionen, d. h. um 62 Millionen mehr als in derselben Zeit des Vorjahres.

Der Verkehrsapparat, der im Jahre 1929 den Transport von 75 Millionen Tonnen Ware und 271 Millionen Fahrgäste bewältigte, ist heute, wo diese Ziffern auf 43 Millionen Tonnen und 213 Millionen Reisende gesunken ist, bei weitem nicht vollständig ausgenutzt. Zur Erzielung von Ersparnissen in den Sachausgaben wurde im neuen Fahrplan die Zahl der Zugkilometer im Motorbetrieb von 9 auf 11 Millionen erhöht. Trotz der Ausgestaltung des Fahrplanes gelang es auf diese Weise, etwa 8 Millionen Kronen in den Betriebsausgaben einzusparen; bei Dampftrieb hätten sich die Mehrkosten auf mindestens 30 Millionen belaufen.

Von dem Gesamtstand von 1247 Lokomotiven wurden 715 Maschinen älteren Typs aus dem Dienst gezogen; durch die Ausschaltung dieser weniger wirtschaftlichen Typen dürften jährlich etwa 10 Millionen erspart werden.

Im Verkehrsdienst wurde der Stand des Stations- und Fahrpersonals im letzten Halbjahr um fast 2400 Personen herabgesetzt. Fast 700 Lokomotivführer und Amwärter werden im Felddienst berufen, während 500 Heizer in den Heizhäusern Dienst machen. In den Werkstätten wurde die Zahl des Personals im Vorjahr um 1000, im heurigen Jahre bisher um 700 Angestellte verringert. Die

Restringierung betrifft auch den Bahnerhaltungsdienst und auch die Zentrale.

Keine Neuauflagen — vermehrte Pensionierungen.

Insgesamt hatten die Staatsbahnen Ende Oktober des Vorjahres 134.756 aktive Angestellte. Zur Verringerung dieser für die heutigen Verkehrsverhältnisse zu hohen Zahl hat die Bahnverwaltung verschiedene Wege eingeschlagen. Vor allem werden die Personalabgänge durch Todesfälle, Pensionierung etc. nicht ersetzt und keine neuen Angestellten aufgenommen. Weiters werden ausgedehnte Pensionierungen vorgenommen und neuerdings auch Angestellte in anderen staatlichen Dienstzweigen untergebracht.

Die im Jahre 1932 begonnenen Pensionierungen umfassen Leute mit voller Pensionberechtigung und Ueberdiener, wobei die Altersgrenze allmählich herabgesetzt wird. Auch Angestellte mit geringerer Leistungsfähigkeit sowie jene Angestellten, deren weiteres Verbleiben im Dienst wegen aktiver Beteiligung an staatsfeindlichen Bestrebungen unerwünscht ist, sollen pensioniert werden.

Bis Ende des Jahres dürfte durch diese Pensionierungen einschließlich des natürlichen Abganges der Personalstand um etwa 12.000 Personen reduziert werden. Das bedeutet eine Ersparnis von rund 48 Millionen aus der Differenz zwischen den Aktiv- und den Passivposten. Heuer dürften allerdings nur etwa 21 Millionen erspart werden.

Die Staatsbahndirektionen wurden weiters ermächtigt, ohne Rücksicht auf das Alter jene Angestellten zu pensionieren, die ohne Kriegsjahre Anspruch auf volle Pension haben, bezw. jene entbehrlichen Angestellten in den zeitlichen Ruhestand zu schicken, die diesen Anspruch erst nach Einrechnung der Kriegsjahre haben. Danach werden weitere 2400 Angestellte pensionierfähig.

Etwa 1225 Angestellte wurden bisher von den Finanzbehörden übernommen, die unter Personal-mangel leiden. Man rechnet damit, daß sich diese Zahl bis Ende des Jahres auf 1800 erhöhen wird.

Die Ersparnis beträgt jährlich etwa 22 Millionen, heuer freilich nur 13 Millionen KK.

Außer diesen Sparmaßnahmen, die den Angestellten beträchtliche Opfer auferlegen, sucht die Bahnverwaltung im Personen- wie im Güterverkehr durch geeignete Maßnahmen die Besserung der Bahnen zu fördern. Dieser gehört die Durchrechnung der Tarife ab 1. November 1932, und die neuen Exporttarife, die den Anfang einer allgemeinen Tarifreform bedeuten. Den Personenverkehr sucht man durch Motorisierung, Verdichtung des Verkehrs und Erhöhung der Schnelligkeit der Züge zu fördern. Eine neue Steigerung der Frequenz erwartet man von den kürzlich eingeführten Fahrtbegünstigungen für den Touristenverkehr.

Mit den Organisationen der Frachter sind Verhandlungen über eine wirksame Zusammenarbeit mit den Bahnen im Gange. Die Erhebung des Schienenbetriebs auf schwach frequentierten Strecken durch Autobusse wird vorbereitet.

Abschließend hat der Minister, sich immer vor Augen zu halten, daß nur eine Besserung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse eine grundsätzliche Wendung der Situation der Bahnen herbeiführen kann. Der Weltmarkt ist im Vorjahre gegenüber dem Jahre 1929 auf 35 Prozent zurückgegangen; etwa ein Drittel des gesamten Warenumsatzes steht in irgend einer Beziehung mit der Eisenbahn. Daraus sei am besten zu ersehen, wie sich die Schrumpfung des Handels auf die Wirtschaft der Bahnen auswirken muß!

Verhandlungen im Kohlenbergbau.

Teplitz-Schönau, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Die am 21. Juni 1933 anberaumte Besprechung der Vertragskontrahenten der Prager Vereinbarung mit den Vertretern des Vereines für bergbauliche Interessen wurde heute fortgesetzt. Nach längerer Aussprache gab am Schluß der Verhandlungen über Verlangen der Arbeitervertreter die Vertreter der Bergbauunternehmungen die Zusage, die von ihnen in der Aussprache bekannt gegebenen Forderungen in der nächsten Zeit den Vertragskontrahenten schriftlich zuzugehen zu lassen. Die Bergbaubesitzer verpflichten sich, das derzeit bestehende Ueberereinkommen auch über den 30. Juni 1933 hinaus in dem heutigen Ausmaße auf die Dauer der Verhandlungen jedoch bis spätestens 14. Juli 1933 weiter aufrecht zu erhalten.

Dringende Aufgaben für das Gesundheitsministerium.

Der sozialpolitische Ausschuß des Senats führte gestern die Debatte über das bereits einige Zeit zurückliegende Exposé des Gesundheitsministers Dr. Spina ab. Als erster Redner erklärte Genosse Dr. Holitscher, daß das Ministerium sehr wohl eine größere Tätigkeit hätte entfalten können. Es wäre möglich gewesen, notwendige Gesetze zu schaffen, ohne die Staatskassa auf das neue Apothekergesetz, ebenso wie auf die gesetzliche Neuregelung der Zahnärztlichen Praxis und der Honorare der Primärärzte. Das längst angekündigte Gesetz gegen die Massagealons ist immer noch nicht vorgelegt worden, und so kann es geschehen, daß z. B. das heutige „Prager Tagblatt“ nicht weniger als 39 Inzerate von Massagealons bringt. Schließlich beschäftigte sich Genosse Dr. Holitscher mit den Ausführungen des Ministers, soweit sie den Joachimsthaler Bergbau betreffen, und setzte aus, daß das Exposé in dieser Beziehung die Verhältnisse in Joachimsthal allzu optimistisch darstelle. Die Maßnahmen, welche getroffen wurden, sind — allerdings mehr durch Schuld des Ministeriums für öffentliche Arbeiten — unzulänglich.

Die Sache mit Borris

Kriminalroman von Grete Hartwig

Alle Rechte vorbehalten

„Willst du nicht hören...“ fragte der andere lächelnd.

„Doch. Bitte! Von wem?“

„Karl Randler? Wer ist das?“

„Karl Randler war der Bruder meiner Braut.“ Leise fügte Günther hinzu: „Er ist tot.“ Und sein helles Gesicht wurde um einen Schatten dunkler.

„Tot?“ fragte Borris verwirrt und tausend Kombinationen suchten durch sein Hirn. „Ach so“, fuhr er fort, um irgend etwas zu sagen. „Deine Braut... Sophie heißt Randler, das wußte ich nicht, du hast immer nur per Sophie von ihr gesprochen... also ihr Bruder sagt du... er ist also tot... sein Paß also... ist er...“ Borris dachte nicht an Günthers Braut Sophie, auch nicht daran, wie sie mit dem Zunamen hieß, auch nicht, daß ihr Bruder tot war und sie wahrscheinlich um ihn trauerte, auch nicht, wie, wann und warum er gestorben war, er dachte nur an den Paß, an den Paß, an den Paß! Er drückte die Hände an seine hämmernden Schläfen.

„Ist der Paß gültig?“ fragte er atemlos.

„Der Paß ist gültig und... er enthält ein russisches Visum.“

Eine kleine Pause entstand und die beiden Männer umarmten einander. Einen Augenblick standen sie Herz an Herz und Treue und Leid klopfen ineinander. Dann schloß Borris plötzlich eine Müdigkeit und ließ sich schwer auf einen Sessel fallen.

„Karl Randler arbeitete in der Textilfabrik in Wörldorf... ein tüchtiger Kerl... er sollte mit einer Delegation nach Rußland... dortige

Betriebe kennenlernen... er war schon deshalb zur Weite aussersehen, weil er Russisch sprach, noch von seiner Kriegsgefangenschaft her... alles war in Ordnung; zwei Tage vor der Abfahrt hatte er einen Vertriebsunfall... dann wurde ihm das Bein amputiert... aber es war schon zu spät... er starb in der vorigen Woche, am Donnerstag... er war erst neunundzwanzig Jahre alt... unter seinen Papieren muß der Paß sein, Sophie sucht ihn, wenn alles gut geht, kannst du ihn morgen haben... und wenn du morgen auch das Reisegeld bekommst, kannst du fahren.“

„Ja, dann könnte ich fahren.“

„Wann hast du denn nach Moskau geschrieben?“

„Vor vier Tagen. Aber ich erwarte nicht nur von dort Geld, ich habe hier eine Freundin, eine Jugendfreundin, Lillian Band, habe ich dir nie von ihr erzählt?“

„Ist sie nicht am Theater?“

„Ja, sie ist seit ein paar Monaten hier engagiert. Ich habe ihr meine Lage erklärt und sie wird bestimmt alle Hebel in Bewegung setzen, um mir die Summe, die ich brauche, zu verschaffen.“ „Ist sie deine Geliebte?“

„Nein. Ich sagte dir doch, sie ist meine Jugendfreundin, wir lernten einander kennen, als wir beide zehn Jahre alt waren. Ich war einige Sommer bei Verwandten im Gebirge, wo auch sie mit ihren Eltern war. Wir hatten uns sehr gern, auch ihre Eltern erwießen mir viel Liebes. Ich war auch während des Krieges ein Jahr lang in einem Internat ihrer Vaterstadt. Wir lernten miteinander, gingen Eislaufen, Tanzen und Tennisspielen. Und als ich nach dem Jahr wegfuhr, blieben wir bis jetzt in brieflichem Kontakte. So steht es um Lillian und mich.“

„War es nicht doch unvorsichtig, daß du ihr von deinem Fluchtplan gesprochen hast? Wenn sie nun...“

„Das ist völlig ausgeschlossen. Was fällt dir ein?“

„Ich zweifle daran, daß eine Frau ein Geheimnis wahren kann.“

„Das kommt hier gar nicht in Frage.“

„Ja, wenn sie deine Geliebte wäre!...“

„Im Gegenteil! Eine Freundschaft ist doch verlässlicher als eine Liebschaft. Und Lillian! Du kennst sie eben nicht. — Außerdem dankt sie mir sehr viel.“ Borris dachte einen Moment nach, dann schüttelte er den Kopf. „Nein, nein! Sie wird morgen das Geld einhändigen und alles ist gut.“

„Dast sie so viel Geld?“

„Nein. Sie hat es nicht. Ihre Gage dürfte gerade ihre Bedürfnisse decken. Aber... du wirst mir doch zugeben, daß eine so hübsche Frau Verehrer hat, von denen sie bekommen kann, was sie verlangt. Außerdem hat sie einen Freund oder Bräutigam, der, wie ich höre, sehr reich sein soll. Ich werde sie morgen früh anrufen und alles Nähere erfahren. Ich zweifle, wie gesagt, nicht an dem Gelingen.“

„Ja, dieses elende Geld“, seufzte Günther.

„Ja“, lachte Borris auf, „die es nicht brauchen, haben es.“

„Schläfst du heute wieder bei mir?“

„Nein, bei Bobb. Erstens will ich die Spur hinter mir verwischen und zweitens will ich wissen, ob er meinen Brief heute nachmittag bei Lillian abgegeben hat.“

Borris ging zum Ofen und setzte sein Benutzungsgerät fort. Günther sah ihm zu. Beide Freunde schwiegen.

8. Kapitel.

Das Geständnis.

Als Lillian die Handtasche verließ, zeigte die große silberweiße Uhr in der Halle zwanzig Minuten nach vier. Lillian verließ sie mechanisch mit ihrer Armbanduhr, schlug die Stulpe

des Handschuhs wieder darüber, schritt an dem lässig grüßenden Portier vorbei und stand auf der Straße. Leichte Nebel begannen sich niederzusetzen, das Licht des Nachmittags war fahl, Lillian schloß, daß ihre Wangen brannten. Schmach erfüllte ihr Herz, das Erlebnis der letzten Viertelstunde brannte in ihrer Seele. So also sah die Wirklichkeit aus, wenn man sie zu durchleben gezwungen war! Sie wollte gar nicht daran denken, denn noch war nichts verloren! Noch blieb ihr ein Weg, der Weg, den sie gleich einschlagen hätte sollen, der Weg zu Max, zu dem Manne, denn sie liebte und dem sie vertrauen durfte. Er war der Nächste, ihr zu helfen, und er würde ihr helfen. Es war ein Fehler von ihr gewesen, sich überhaupt auf dieses abenteuerliche Experiment einzulassen. Kein Wunder, daß es schiefgeschlagen war. Nun war sie jedenfalls um eine Erfahrung reicher.

Bitter war dieses neue Wissen, aber lehrreich. Sie war jung und mußte lernen. Direktor Hammer war jedenfalls ein brutaler Lehrmeister. Sie war mit Hoffnungen zu ihm gekommen. Sie hatte zwar in Erwägung gezogen, von ihm eine Ablehnung ihrer Bitte zu erfahren, aber keine Demütigung. War er denn noch nie einer Frau begegnet, die sich nicht verkaufte? Aber in ihre christliche Empörung schlich sich ein schrecklicher und erregender Gedanke: Hätte sie nicht am Ende ihr Ziel bis zuletzt verfolgen müssen? Hätte sie nicht um ihrer Freundschaft willen, trotz der Erniedrigung, das Geld nehmen müssen?

Hätte sie diesem sadistischen Despoten auf seinen höhnischen Antrag hin, letzten Endes ohne Gegenleistung das Geld anzunehmen, nicht antworten müssen: „Ja, Herr! Ich nehme die achthundert Mark, denn es steht mehr auf dem Spiele als mein Stolz und Ihr Uebermut. Nennen Sie es, wie Sie wollen! Denken Sie von mir, was Sie wollen! Ich habe ein Wort gegeben und Sie sind Mittel für meinen Zweck.“ (Fortsetzung folgt.)

Der Geist des Hakenkreuzes.

Der Teufel der „Freiheit“ wurde ein Brief eingeschickt, der, gleich dem an den Genossen Fürstena, die Früchte der Junglichen Erziehungsarbeit erkennen läßt:

„Das Maß ist voll. Ihr roten Preklaualien ihr Hez- und Ugenhjelme, täglich tut ihr in euer Altpalmpresse die nationale Erhebung in Deutschland begriffen und die wahren Tatsachen absichtlich verdrehen aus purer Nachsicht, daß eure Schweinen im Reich Braun, Grünli, Zeeering kurz und gut allen Übergannern und Untergannern das Volk nicht mehr auspresen und beschlän können und ihr auf Kosten des darbenenden Volkes ein Praffer- und Schlemmerleben führen könnt.

Könnt ihr Spigbuben dies abstreiten eure roten Genossen Lehrer waren allen von Schläge der Judenau Pirschfeld der offen unter Billigung und Förderung der roten Macht-haber in den Schulen Vorträge abhielt die 10 12-jährigen Kinder beiderlei Geschlechtes zum gegenseitigen Geschlechtsverkehr aufforderte.

Viel zu gelinde ist mit diesem Maß die S. A. verfahren Pirschfeld hätte und mit ihm die anderen Verfäher Kinderhändler und Verderber alle diese roten Lehrer und Lehrerinnen nicht bloß entfernt aus den Schulen sondern erfaßt erhenkt und erschossen in Masse werden... Rame doch bald die Stunde und der Tag der Abrechnung auch bei uns. eure roten Lehrer sind genau so wie ihre Gefinnungs-genossen im Reich waren.

Moral habt ihr überhaupt keine jeder weiß daß bei Sozialindern keine Altersgrenzen keine Schran-ken gibt ihr wollt und fordert direkt die freie Liebe unter Kindern. Moral und Sitte ist euch überhaupt euch verkauften Bestien ein leerer Begriff eure Moral und Sittlichkeit ist die der S. A. Sozi-lander sind wie ihre Hurenkeller ganz ver-laut... Aber die Nationalsozialisten werden dafür sorgen, daß euch euer verdientes Schicksal bald er-eilt. In eure nationalsozialistischen Lehrer denunziert ihr auf alle Art und Weise wolle sie vom Amt bring-en damit die Soziallehrer und Soziallehrerinnen diese Hurenkeller und Huren unsere Kinder ganz verderben könnten. eurer Genosse Terer die rote S. A. soll verrecken und die roten Säue sämtlich.

Ihr Hurenbrut könnt ihr ein Wort das ich geschrieben widerlegen nein ihr werdet in eurem Innern wie eine wilde S. A. wüten beschämt aber schweigen bald für immer.

Ihr Säue verfluchten bald ereilt euch euer Schicksal Lügengesinde Nordbände wir werden euch bald massakrieren ihr sollt gehusachen Todes sterben nicht nur einfach zusammengehauen werden zu Tode gemartert sollt ihr Hurengefinde aber auch eure Hurenbankerte eure Bälge werden wir das-selbe Schicksal bereiten.

Der Brief schließt mit folgenden Worten: „Harret der Stunde und dem Tage der Rache er kommt langsam aber sicher. Ein Hakenkreuzler.“

Es ist das ursprünglichste, unverfälschte Rülpfen der deutschen Seele, das sich in diesem Schriftstück offenbart.

Abgeordnetenhaus.

Prag, 27. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat heute nach längerer Debatte die Novelle zur Gemeindevahlordnung unpariert in der Aus-schließung angenommen. Die Debatte wurde wieder ausschließlich von oppositionellen Red-neren bestritten. Auf deutscher Seite erging sich Herr Krump in etlichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie; gleichzeitig aber machte er aus dem Wunsche seiner Partei, die „Wiel-mählerei“ abzuschaffen, das Wahlsalter hinauf-zusetzen etc. kein Geheimnis. Weitere deutsche Redner waren Dr. Hassold und Eckert.

Der Kommunist Stalka sprach sogar in Fortsetzungen; als er nach Ablauf der Redezeit vom Vorsitzenden gemahnt wurde zu schließen, meldete er sich nochmals zum Wort.

Zum Schluß der Debatte reagierte der tschechische Nationalsozialist David auf die kürzliche Behauptung des Herrn Antsch, daß sich die Lausitzer Serben unter dem neuen Regime wohl fühlen, und erklärte es unter starkem Bei-fall auf tschechischer Seite für eine Schande, wie man dies kleine Volk von 150.000 Seelen brutal unterdrücke.

Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung stehen die Getreidepandbriefe. Wahrscheinlich wird auch die Dienstpragmatik vorgelegt werden, die heute vom Ministerrat genehmigt wurde.

Ein neues Abkommen für das Ostrauer Revier.

Währ., Ostrau, 27. Juni. Bei der heutigen im Revierbergamt in Währ. Ostrau stattgefun-denen Sitzung des aus Vertretern der Bergbau-Unternehmer und der Arbeiterorganisationen zu-sammengesetzten engeren Ausschusses wurde der Entwurf eines Abkommens auf Einführung von Wechselurlauben im Bergbau im Ostrau-Kar-winaer Revier vereinbart. Dieser Entwurf, der noch der endgültigen Genehmigung bedarf, ist nach den Grundzügen der Prager Abmachung vom 8. April 1932 ausgearbeitet und bedeutet in be-stimmter Richtung gegenüber dem vorjährigen Stand eine Besserung in der Krankenver-sicherung der auf Wechselurlaub geschickten Arbei-ter. Es ist nunmehr wahrscheinlich, daß die Wech-selurlaube am 15. Juli d. J. wieder eingeführt werden.

Naziterror in Friedland. Ueberfall auf Sozialdemokraten.

In der Nacht vom Sonntag auf Montag überfielen in Friedland eine Horde von ungefähre 20 Nationalsozialisten vier sozialdemokratische Jungarbeiter. Die Genossen befanden sich auf dem Heimwege aus einem Gasthaus, als auf dem einsamen Weg der Ueberfall geschah, welcher allen Anzeichen nach planmäßig durchgeführt wurde. Zwei Genossen wurden ver-letzt, einem wurden die Kleider buchstäblich vom Leibe gerissen. Die Täter wur-den erkannt.

Im Friedländer Bezirk sind die Nazi des-halb so frech, weil sie sich des besonderen Wohl-wollens der Behörde erfreuen. Ihre im April verbotene Jugendversammlung konnte unter einer Tarnung ungehindert abgehalten wer-den. Ihr Matiumzug konnte ungehindert statt-finden, obwohl er polizeilich nicht gemeldet war, während der sozialdemokratische Anzug, der wegen eines Versehens nicht gemeldet war, von der Gendarmerie aufgelöst wurde und ein Ge-nosse obendrein bestraft wurde.

Auf dem Marktplay in Friedland haben die Nazis allabendlich ihre Zusammenkunft, sie sper-ren förmlich die Straßen der Ostseite ab. Wer in diese Gassen gelangen will, muß sich geradezu durch die Naziflegel hindurchzwängen, die jeden Sozialdemokraten anstänkern. Arbeiter, die ein sozialdemokratisches Abzeichen tragen, sind stets in Gefahr, von der Nazimute überfallen zu werden.

Diese Zustände sind nur möglich, weil die städtische Polizei einer national gleichgeschalte-ten Stadtverwaltung untersteht und beide Augen zudrückt, und weil sich die Nazi des besonderen Wohlwollens höherer Beamten erfreuen. Es wäre Zeit, daß dem unerträglichen Terror der Faschisten in Friedland energisch zu Leibe gegang-en würde.

SA-Tiere untereinander. Ein furchtbar mißhandelter SA-Mann stellt sich der tschechoslowakischen Gendarmerie.

„Es gibt keine Greuel in Deutschland“, so lügt der Psychopath Göring und die hiesige deutschnationale Presse wie jene der Nazi über-bieten sich täglich in der „Antigreuelpropaganda“. Die Wahrheit aber liegt und jeder Tag bringt neue Beweise der abgrundtiefen Ver-tiertheit der Bestien, die der gegenwärtige Kanzler Deutschlands seine Kameraden nennt.

Die Opfer der SA-Tiere sind längst nicht mehr die „Marxisten“ alleine, es gesellten sich zu ihnen Zentrumslinke, Volksparteiler, Deutsch-nationale und nunmehr auch Nationalso-zialisten und SA-Männer.

Der nachfolgend geschilderte Vorfalle ist hun-dertprozentig authentisch und der Herr Ge-sandte noch kann, wenn er Lust dazu hat, da-zu Stellung nehmen:

Montag, den 26. Juni stellte sich der Gen-darmerie in Niedergrund a. E., Bezirk Teitschen a. E., ein Mann namens Bok und bat, ihn einem tschechoslowakischen Gericht zu überstellen.

Er gab an, aus Saaz zu sein und seit einem Jahre in der SA im benachbarten Sach-sen Dienst getan zu haben.

Er wurde dem Gerichte in Teitschen über-gaben, wo er seine Angaben folgendermaßen wiederholte und ergänzte:

Vor einem Jahre trat er in die SA ein und machte dort bis in die jüngste Zeit Dienst. Er wurde dann verdächtigt, Spiegeleien für die Tschechoslowakei zu leisten. Vor einigen Tagen wurde er festgenommen und von sei-nen SA-Kameraden furchtbar ge-prügelt. Fast bewußtlos wurde er einge-sperret und schließlich gelang es ihm zu flüchten. Da er sich am Leben bedroht fühlte, nahm er seinen Weg in die Tschechoslowakei, obwohl er weiß, daß er hier wegen seiner Dienstzeit in der SA eine längere Kerkerstrafe zu gewärtigen hat.

Von trug unter dem braunen Schandhemd der SA furchtbare Spuren überstan-dener Mißhandlungen.

Seine Rückseite bildet vom Rücken bis in die Kniegelenke eine einzige blutunterlaufene blau-schwarze Wasse.

Er ist glücklich, den Bestien Hitlers entronnen zu sein und will lieber in ein tschecho-slowakisches Gefängnis, als im „be-freiten Deutschland“ den SA-Banditen jemals wieder in die Hände fallen.

Und nun Herr Gesandter, können Sie wieder mit der Dementierspritze austrücken und sagen: „Es gibt keine Greuel!“

Nazi-Bombenfabrik in Wien explodiert. Die Polizei sucht die Hintermänner.

Wien, 27. Juni. Heute abends wurde in Währing durch einen tragischen Unglücks-falle eine geheime Bombenfabrik der National-sozialisten entdeckt. Gegen 8 Uhr abends wurde in Währing eine furchtbare Detonation gehört. Die Nachschau ergab, daß in einer Parterrewoh-nung ein Zimmer vollständig in Trümmer gelegt war. Zwei junge Bur-schen wurden an der Explosionsstelle mit schwe-ren Verletzungen aufgefunden, ein dritter, der unverletzt geblieben war, versuchte zu flüchten, wurde aber von der Polizei verhaftet.

Die Erhebungen ergaben, daß die drei jun-gen Burischen Hakenkreuzler sind, die da-mit beschäftigt waren, eine Bombe zu adjustie-ren. Durch ungeschicktes Hantieren explodierte der verwendete Sprengstoff und richtete schwere Verwüstungen an.

Die Polizei hat sofort fieberhafte Nachfor-schungen eingeleitet. Die ersten Zeugen, die am Tatort einvernommen wurden, haben durch ihre Aussagen den Verdacht erweckt, daß sich hier eine regelrechte Bombenfabrik der Nazis befand, die schon seit Wochen das Material für die Terroraktionen geliefert hat. Man bemüht sich nun, die Hintermänner dieser Bombenfabrik aufzufinden, da kein Zweifel be-steht, daß die drei jungen Burischen nicht aus eigener Initiative gehandelt haben. Eine Spur soll darauf hindeuten, daß Verbindungen wischen dieser Wiener Bombenfabrik und Deutsch-land bestehen.

Flieger über Berlin?

Die von dem offiziellen deutschen Nachrich-tenbüro verbreitete Meldung über das Erscheinen von Fliegern über Berlin wird vom größeren Teil der ausländischen Presse bezweifelt. Der Pariser „Temps“ glaubt, daß die Nachricht erfunden ist und keinen anderen Zweck hat, als einen Feldzug zugunsten der Schaffung einer deutschen Luftflotte einzuleiten. Der Berliner Berichterstatler des „Journal“ hat auf dem Alexan-derplatz in Berlin, wo die Flugblätter nieder-gefallen sein sollen, Erkundigungen eingezogen, aber keinen Menschen gefunden, der die Flugzeuge oder die abgeworfenen Zettel gesehen hätte. Die Londoner Blätter äußern sich ähnlich und sagen, daß die deutsche Berichterstattung in letzter Zeit, namentlich seit dem Brande des Reichstags-gebäudes an die Leichtgläubigkeit der offiziellen Meinung der Welt gar zu hohe Ansprüche stellt und der „New Chronicle“ verweist darauf, daß gerade zur Zeit der angeblichen Ueberstiegun Berlin alle ausländischen Pressevertreter bei einer Regierungskonferenz versammelt waren, so daß kein ausländischer Korrespondent die Flug-zeuge sehen konnte.

Auf der anderen Seite wird eine zweite Ver-sion verbreitet. Der Berliner Berichterstatler der „Arbeiterzeitung“ glaubt, daß es Göring, der den Reichstag in Brand hat stecken lassen, auch nicht darauf ankommen wird, ein paar Flugblätter ab-werfen zu lassen, wenn er Militärflugzeuge bauen kann. Auch der „Zeit Pariser“ hat aus Mün-chen stammende Meldungen, die besagen, daß der Flug über Berlin von der nationalsozialistischen Regierung selbst veranstaltet worden sei, um die Berechtigung des Bestehens dieser Luftflotte nach-zuweisen. Die Nationalsozialisten hätten in Mün-chen zwei Fluggeschwader gebildet, wovon das eine aus nationalsozialistischen Freiwilligen und das andere aus ehemaligen Kriegspiloten besteht.

Welche auch von diesen beiden Versionen richtig ist, ob die Nachricht von der Reichsregie-rung erfunden ist oder ob Göring den Flug selbst arrangiert hat, jedenfalls ist das Urteil über die Regierung Hitler fertig, daß sich kein Regierungssystem so lächerlicher Methoden bedient hat, wie das des Dritten Reiches.

Frauenfeld verliert die Immunität.

Wien, 27. Juni. Der sozialdemokratische Klub der Wiener Landtagsabgeordneten hat sich heute mit der Frage der Nazimandate im Wiener Landtag befaßt. Es wurde beschlossen, angesichts der Terroraktionen der letzten Zeit nun auch den Wiener Landtagsabgeordneten der Nazis die Mandate abzurufen. Damit wird der Führer der österreichischen Hakenkreuzler Frauenfeld seine Immunität einbüßen.

Nationalsozialistische Geschäftsherei in der Baubereitung. Die deutschen Bürgermeister und Gemeindeväter erhielten in den letzten Tagen eine Verlautbarung, daß in Bodenbach eine „Bau-beratungsstelle für Selbstverwaltungskörper“ er-richtet wurde, und eine Einladung zu Vorträgen, die für heute, Mittwoch nachmittags im Hotel Töpfer in Bodenbach angesetzt wurden. Die Ein-ladung selbst ist von niemandem gezei-chnet und es geht nur aus der Art der Auf-machung und den Vortragenden hervor, daß es sich um eine nationalsozialistische Geschäftsherei handelt. Es soll vor allem von den Herren Wenzel Wundal aus Aulstift und Karl Spira aus Rosenhau bei Reichenberg das „Bauen ohne Geld“ propagiert werden. Die wirkliche Absicht dieser Gründung scheint aber zu sein, der „Deut-schen Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungs-fürsorge in der Tschechoslowakischen Republik“ Konkurrenz zu machen. Die Deutsche Hauptstelle wurde im Einvernehmen mit dem Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper gegründet, wird von diesem auch subventioniert und ist auch die Bauberatungsstelle der Selbstverwaltungskör-per. Was die Herren in Bodenbach errichtet haben, liegt in der Linie der Zerstörungen und Verwirrungsabsichten der deutschen Nationalso-zialisten und der deutschen Nationalpartei. Die deutschen Gemeinden haben gar keine Ursache, diese neue Bauberatungsstelle und ihre Veran-staltungen zu unterstützen!

Der Verfassungsausschuß des Senats ver-handelte gestern das kleine Preßgesetz, das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zum Schutz der Republik und das Gesetz über die außerordentlichen Maßnahmen. In der Generaldebatte nahmen eine ganze Reihe von Rednern teil. Genosse Dr. Heller wies die Angriffe des kommunistischen Redners auf die sozialistischen Parteien zurück, indem er es als die dringendste Aufgabe bezeichnete, den Faschismus abzuwehren. Die Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß dem Faschismus nur mit drakonischen Mitteln begegnet werden kann. Der Faschismus wird den Sieg des Sozialismus nicht verhindern; aber er kann ihn verzögern, und, wie die Ereignisse in Deutschland beweisen, die Opfer, welche die Arbeiterklasse treffen, gewaltig vermehren. Da die Kommunisten ihren Kampf ausschließlich gegen die sozialistischen Parteien führten, sei die Stellung der Letzteren we-sentlich erschwert, die Gefahr des Sieges des Faschismus wesentlich vergrößert. Um so energischer müssen die sozialistischen Parteien den Kampf führen. Sie seien sich dessen bewußt, daß diese Gesetze sich einmal gegen sie lehren können. Es werde dann Sache der Arbeiterklasse und der sozialistischen Parteien sein, alle solchen Versuche abzuwehren. Terzeit aber sei der Kampf gegen den Faschismus im Interesse der Arbeiterklasse unsere wichtigste Aufgabe. Aus diesen Gründen werde der Red-ner für die Vorlagen stimmen.

Ein neuer Streich der Hunnen. Sondersteuern von „Schutz“-Häutlingen.

Berlin. Unter den zahlreichen sonderbaren Maßnahmen des neuen Regimes in Deutsch-land verdient eine in Württemberg eingeführte Neuheit Beachtung. Die dortigen nationalsozial-istischen Regierungskreise sind auf den Gedanken gekommen, daß von den Steuerzahlern nicht ver-langt werden kann, daß sie die Kosten für die Gefangenen oder für die in Haft befindlichen Personen, deren Zahl in den letzten Wochen sehr groß ist, tragen. Es wurde deshalb entschieden, daß die verhafteten Personen, wenn sie vermög-ger sind, nicht nur die Kosten ihrer Haft tra-gen sollen, sondern auch für die mit der Haft ver-mögensloser Personen verbundenen Kosten aufzukommen haben. Infolgedessen wurden den in Württemberg in „Schutz“-Haft befindlichen vermögenden Personen, — es handelt sich aus-schließlich um sogenannte staatsfeindliche Ele-mente — in den letzten Tagen in die Zehntaus-ende gehende Zahlungsaufträge zugestellt. Der Gesamtbetrag, der auf diese Weise hereingebracht werden soll, beträgt etwa eine Million Mk.

Zentrumsführer verlassen Deutschland.

Der bekannte Führer der christlichen Ge-werkschaftsbewegung, Peter Imbusch und der frühere Kölner Oberbürgermeister Dr. Ad-e-nauer, ehemaliger Präsident des preußischen Staatsrats, haben das deutsche Reichsgebiet ver-lassen und sind, wie wir erfahren, in Saar-brücken eingetroffen.

Deutschland ist kein Zuchthaus!

Der „Neue Vorwärts“, dessen zweite Num-mer eben erschienen ist, schreibt u. a.:

In ausländischen Zeitungen hat man in der letzten Zeit oft gelesen, daß das Deutschland von heute ein Zuchthaus ist. Dieses Bild ist falsch. Ein Zuchthaus ist ein Organ eines Rechts-staats, in dem jeder seine Pflichten und Rechte hat. Der Zuchthausler weiß, warum er in das Zuchthaus gekommen ist und wann er wieder herauskommt; er weiß auch — dazu braucht er nur die Anstaltsvorschriften zu lesen — wie er sich zu verhalten hat, wenn er sich vor weiteren Unannehmlichkeiten bewahren will. Nein, wer sich an das Bild vom Zuchthaus hält, der wird sich eine ganz falsche Vorstellung machen von dem, was in Deutschland vorgeht.

Wir fordern die Leibeigenschaft...

h. h. Vor einigen Tagen fand in dem gleich-geschalteten Stadtparlament der guten Stadt Zee-sen am Harz eine Sitzung statt. Es wurde dort vorgeschlagen, an die braunschweigische Regierung den Antrag zu stellen, für den Freistaat Braun-schweig ein neues Landesgesetz zu erlassen.

Dieses Gesetz soll den Gemeinde-behörden das Recht geben, von den Einwohnern Hand- und Spanndienste zu verlangen.

Mit Hilfe der Bestimmungen dieses Gesetzes sollen noch im Laufe dieses Sommers die Ein-wohner zum kostenlosen Fortschaffen von Steinen aus den Steinbrüchen nach den Arbeitslagern des Arbeitsdienstes gezwungen werden.

Der Reichstagsbrand.

Zum bevorstehenden Prozeß gegen den „Brandstifter“.

Es ist anzunehmen, daß eines der nächstfolgenden und bereits angekündigten Feste, nämlich die öffentliche Verhandlung gegen den angeblichen Reichstagsbrandstifter von der Lubbe niemals stattfinden wird.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit der neudeutschen Regierung ist es notwendig, besonders darauf hinzuweisen, daß der dringende Verdacht besteht, sie werde den angeblichen Brandstifter noch vor der Verhandlung in jene große Verleumdung fallen lassen, von wo es keine Wiederkehr gibt. Es ist anzunehmen, daß Lubbe, zerknirsch über seine eigene Verworfenheit, eines Tages „sich selbst richten“ und am Fensterkreuz aufhängen wird. Es kann aber auch sein, daß er durch die lange Dast ziemlich geschwächt, gelegentlich aus dem Fenster „fällt“, falls er es nicht vorzieht, zu entfliehen, um sich dann „auf der Flucht erschließen“ zu lassen.

Die Verhandlung wird nie stattfinden. Schon darum nicht, weil ja bei dieser Gelegenheit zutage käme, daß einige der von den Nazis beschuldigten Marxisten inzwischen „an kombinierter Nieren-, Leber- und Lungenentzündung“ verstorben sind.

Da aber bei Hitler alles möglich ist und er genau weiß, daß „sein“ Volk ihm zur Zeit noch auf jeden Fall triebet, ist es sogar möglich, daß sich dieser Bankrotteur sogar auf diese Komödie einläßt und seine, in der Tat ausgezeichneten Regisseure bereits angewiesen hat, das Schauspiel in Szene zu setzen. Daß es nichts weiter als eine niederträchtige, unverdächtige Theatererei sein kann, weiß die ganze Welt. Denn solange die Goering-, Sellendorfs- und Genossen noch in ihren Anstalten sitzen, kann und wird es niemals zu einer Verurteilung der wirklich Schuldigen kommen.

Wer zweifelt daran, daß diese Herren, denen jedes Verbrechen zuzutrauen ist (Goering brüffelte sich sogar in öffentlicher Rede, daß er sich hüten werde, seine Polizei zum Schutze der Juden, als deren „Garde“ zu degradieren), mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden technischen Mittel in der Lage sind, jeden „Beweis“, den die Welt von ihnen fordert, selbst zu fabrizieren! Jeder Photograph, jeder Drucker weiß da Bescheid. . . . Und da sie überdies alle Parteitempel und Briefpapiere gestohlen haben, kann man sich vorstellen, wie „vollender“ ihr Material im Falle einer Verhandlungskomödie wäre und wie „überzeugend“ es auf das gläubige Volk wirken würde. Nicht aber auf das Ausland.

Für alle Fälle dürfte es aber gut sein, sich einige Tatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen, um bei dem Mangel an direkten Beweisen, durch indirekte Beweise, die wahren Auftraggeber des Lubbe zu entlarven. Dießem Zwecke diene folgende Untersuchung.

1. Bestand überhaupt ein Interesse für die Kommunisten, den Reichstag in Brand zu stecken? Nicht das geringste. Vor der Reichstagswahl stehend, waren sie eines ungeheueren Stimmenzuwachses sicher. Durch eine derartige „Propaganda der Tat“ konnten sie nichts gewinnen — nur verlieren.

2. Bestand aber für die Nazis ein Interesse, es zu tun? Ein sehr lebhaftes. Denn für sie war es eine Lebensnotwendigkeit, die SPD durch eine möglichst sensationelle, einzigartige Tat „für immer“ zu diffamieren, auszuschalten, zu „erschlagen“.

3. Warum konnten die Nazis eine derartige lauthörige Lüge riskieren? Weil sie seit Jahren planmäßig vorgearbeiten hatten. Diese Maulwurfsarbeit, die darauf abzielte, den Kommunisten jeden Tag irgendeinen kleinen, netten Mord in die Schuhe zu schieben, reichte bis in die letzten Tage. So verbreiteten diese vornehmen Herren nach der Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses, daß sie dort in den Katafomben (!) eine Zülle belastenden Materials gefunden hätten, aus dem klar hervorgehe, daß die Kommunisten die Errichtung einer roten Terror-Herrschaft planten.

4. Warum ist es so gut wie ausgeschlossen, daß die Auftraggeber Kommunisten waren? Kann nur ein Mensch ernsthaft glauben, daß die Kommunisten eine derart verantwortungsvolle Aufgabe einem ihrer Mitglieder übertragen, das offensichtlich geistig minderwertig ist? Glaubte man nicht, daß sie sich bemüht hätte, hierfür einen ihrer freiesten Genossen, einen, der in allen Sätteln gerecht ist vorzuschicken? Einen, der politisch geschult, kampfgewohnt, vorzüglich alle Erkennungszeichen, die auf seine Auftraggeber hindeuten könnten, vorher beseitigt . . . ? Nicht aber einen Mann, der, sich zwar der Fäde und des Hemdes entledigte, kein Parteibuch aber bei sich behielt?

5. Warum ist es sicher, daß nur die Nazis den Brand angezettelt haben? Weil sie unter allen Umständen einen Vorwand konstruieren mußten um gegen die „Marxisten“ vorgehen zu können. Dieser Vorwand mußte so gewählt werden, daß er sofort die größten Sympathien aller Kreise findet und eventuell sogar — so hoffte Hitler — in den Reihen der Proletarier gegolten wird. Die Nazis hatten ursprünglich die Absicht, durch ein fingiertes Attentat auf Hitler die Kommunisten vogelfrei zu machen. Diese aber, von dieser Absicht rechtzeitig Wind bekommen durchkreuzten sie, indem sie diese Nachricht noch rechtzeitig durch ihre Presse verbreiten ließen. Darauf verfiel Goebbels, dessen „jüdisches Köpfchen“ in der Erfindung immer neuer propagandistischer Mittel nie verlag, auf die Idee des Brandes. Eigentlich hatte er erst vor, die Fädel in eine Kirche zu werfen um damit nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Juden der Volkswut auszuliefern. . . . Aber für die Juden hatte er sich ja

etwas anderes, etwas ganz Besondere ausgedacht.

6. Noch ein absolut eindeutiger Beweis für die Schuld der Nazis. Lubbe soll bei seiner Verhaftung erklärt haben, er stünde mit den Kommunisten und Sozialdemokraten in Verbindung. Nichts entlarvt den ganzen Schwindel besser, als diese angebliche Äußerung. Selbst die Dummsten unter den Naziführern wissen, welcher Antagonismus zwischen den beiden Linksparteien besteht, und daß diese angebliche Behauptung des Lubbe eine tolle Lüge ist.

7. Wo sind die Mitbeteiligten des Lubbe? Minutisten sind zum Teile beseitigt (Danussen, Bell), andere, „sichere“ Leute leben. Sie sind, wie sogar amtlicherseits höchst unvorsichtigerweise zugegeben wurde, durch den unterirdischen Gang, der den Reichstag mit der Goering'schen Wohnung verbindet, entwichen. Und keiner hats gesehen. Keiner? Keiner! Obgleich Goering's Behauptung wie begreiflich, Tag und Nacht scharf bewacht wird. Jedenfalls — die amtliche Nachricht

stimmt diesmal ausnahmsweise. Nur daß vergesen wurde, hinzuzufügen, daß dieselben Leute, die den unterirdischen Gang benutzten, um zu entweichen, ihn auch benutzt hatten, um aus dem Goering'schen Hause nach dem Reichstag zu gelangen.

8. Gibt es neben all diesen Indizienbeweisen nicht noch einen besonders beweiskräftigen? Ja wohl. Es ist das Analogon zum Judenboykott. So wie alle Welt weiß, daß die Vernichtung der Juden seit 14 Jahren gepredigt, von vornherein beschlossene Sache war — so wie keinem Menschen ungewiss ist, daß zu dieser Tatsache nachträglich eine Begründung konstruiert werden mußte —, so wie es Hitler niemals gelingen wird, zu beweisen, daß die „Greuspropaganda“ in ihren ersten Anfängen von Juden ausgegangen sei . . . , genau so liegt der Zusammenhang zwischen Vernichtung des „Marxismus“ und Reichstagsbrand. Die Absicht, die Marxisten mit „Stumpf und Stiel“ auszurotten, war beschlossene Sache. Der Grund dazu war der von den Nazis injizierte Reichstagsbrand.

Erlebnisse in deutschen Gefängnissen.

Ein Genosse, der neun Wochen in deutscher „Schuhhaft“ verbracht hat, stellt uns die folgenden Aufzeichnungen zur Verfügung.

Nach einer ergebnislosen Hausdurchsuchung durch zwei Beamte der Politischen Polizei wurde ich von diesen Beamten aufgefordert, ihnen zu einer „Vernehmung“ nach dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz zu folgen. In der Abteilung I wurde mir ohne jede Vernehmung, mitgeteilt, daß ich mich in Schuhhaft befinden sofort wurde ich ins Polizeigefängnis (im Cioleg'shof) eingeliefert. Als ich mich in der Annahmestelle auf eine Bank setzen wollte, wurde ich angebrüllt, daß ich mich damit strafbar mache. Als ich dem Befehl, den Inhalt meiner Taschen auszulieren, nachgegeben war, warf der (uniformierte) Beamte mein Taschentuch und meine Handtasche vom Tisch mit der Bemerkung: „Du bolschewistische Sau, wenn das noch einmal vorkommt, hau ich dir eine in die Fresse!“ Dazu die entsprechende Handbewegung. Ein längst verlassenes tschechisches Büium in meinem Paß veranlaßte ihn zu dem Ausspruch: „Da haben wir ja — ein tschechischer Spion! Verkaufst dein Vaterland um ein Butterbrot! Viel zu gut sind wir mit den Kerlen; an die Wand müßte man sie stellen!“ Auch anderen Beamten stellte er mich als „Spion“ vor. Unter allerlei Schmähebreden mußte ich auf eine Bank steigen und meine Kleider sechs bis sieben Minuten lang durchsuchen lassen.

Es gibt dem Arsch eine gesunde Gesichtsfarbe!

Dann wurde ich in einen „Saal“ geführt: ein dunkles, überheiztes, luftloses, pferdestallähnliches Loch, wo etwa 25 Inhaftierte, meist Kommunisten, auf Holzprüheln lagen. Auch ganz Unpolitische waren hier, die auf Grund von Denunziationen verhaftet worden waren; so ein 71jähriger Professor, ein Wehrkrieger, der 1917 vor den Sowjets geflohen war, jüdische Kaufleute usw.

Abends kamen wir in einen anderen Raum, in dem sich u. a. seit zwölf Tagen acht Kommunisten befanden, die in verschiedenen SA-Kasernen mißhandelt worden waren. Sie waren von Nazihorden überfallen und in das SA-Heim Friesenstrasse geschleppt worden. Dort wurden sie auf dem Dachboden zusammengepfercht, dann die Treppen hinabgestoßen unter dauernden Kolbenschlägen von mit Karabinern versehenen uniformierten Schuppelzisten, die die Treppe dicht besetzt hielten. Auf dem Hof angelangt, wurden sie gezwungen, ihre Schuhrümpfen zu lösen, auf dem durch den vorhergehenden Regen völlig morastig gewordenen Platz nach SA-Kommandos zu marschieren, so daß die Schuhe sieden blieben (die meisten mußten auch im Alex noch barfuß gehen, weil sie keine Schuhe erhalten konnten!). Drei- und Arieübungen schlossen sich an — alles im Vorst — unter ständiger erzwungener Absingung von Hitler-Liedern. Dann mußten sie wieder auf den Boden, wo die eigentlichen Mißhandlungen begannen, mit Stahlruten, Gummiknüppeln, Karabinern, Stöcken usw. Die Gefangenen wurden nackt ausgezogen, bemutlos geschlagen, dann in Badewannen mit eiskaltem Wasser gestedt, damit sie wieder zu sich kämen, und die Prozedur wiederholte sich oft viermal hintereinander. Etwa jede zweite Stunde, auch die Nacht hindurch, wurden sie geschlagen; in den kurzen Pausen legte die moralische Mißhandlung ein: so wurden hinter spanischen Wänden von den Nazis Karabiner geladen. Namen von Gefangenen geflüstert, die am nächsten Morgen erschossen werden sollten; vom Keller her hörte man dauernd Schüsse und Schreie, deren Ursache unauflöslar blieb. Sämtlichen Gefangenen wurden die Kopfschmähre streifenweise herausgeschneitten (Sakentkreuze eingekantet) und in wunden Fällen das Haar mit dem Kopfhaut ausgerissen. Erst am zweiten Tag erhielten sie Nahrung. Auch dieser Tag verding unter Freiübungen, Mißhandlungen und „Verhören“. Die Freiübungen erfolgten unter ständiger Absingung von Naziliedern oder Herlegen von Parolen; so mußte bei Anhebungen auf die Frage: „Wozu dient die Anhebebe?“ stundenlang geantwortet werden: „Die Anhebebe stählt die Bauchmuskeln, fördert den Haarwuchs und gibt dem Arsch eine gesunde Gesichtsfarbe!“ Manche SA-Führer ließen sich die Stiefel lecken.

Die „Verhöre“ bestanden darin, daß ein „Beichtstuh“ von drei SA-Führern veränderte Adressen von marxistischen Funktionären zu erpressen; ichwegen die Verhafteten, so wurden sie nach den traditionellen Methoden der Nazi-Anquisition fürchterlich und lange geprügelt. Trotz diesem unerhörten Terror

sind durch solche Folterungen nicht allzu viele Adressen bekannt geworden — ein schöner Beweis für die Standhaftigkeit der meisten proletarischen Gefangenen.

In Särge eingeschlossen . . .

Am Abend des dritten Tages wurden die Mißhandelten auf den Hof getrieben, mußten „Deutschland über alles“ singen, bis man eine Rede hielt und ihnen mitteilte, daß ihr Leben, das sie eigentlich verwirkt hätten, ihnen großmütig geschenkt sei! Darauf wurden sie nach dem Polizeipräsidium gebracht. Dorthin kamen allerdings nur die „Leichten“ Fälle, die schwereren kamen in die Krankenhäuser; so hatte das Staatskrankenhaus im März bis zu 80 Aufnahmen aus den SA-Kasernen. Die „Leichten“ sahen schlimm genug aus: alle mit ausgerissenen oder abgeschneittenen Haaren, teilweise mit ausgeschlagenen Zähnen, manchmal offenen Wunden (für die es hier kaum ärztliche Hilfe gab) und die Körper aller mit Wundmole in allen Farben dicht bedeckt. Dabei befanden sich diese Leute schon zwölf Tage hier: wie mußten sie erst vorher ausgehungen haben!

Da ich so durch die handgreiflichen Spuren der Mißhandlungen die Wahrheit ihrer Aussagen beweisen sah, besticht mich der geringste Anlaß zu bezweifeln, was diese Genossen über die Mißhandlung anderer noch ausfragten. In der SA-Kaserne General-Pape-Strasse (auch von dort Gekommene sprach ich) wurden die Mißhandelten oft stundenlang in Särge eingeschlossen und durch die Sargenden mit blinden Patronen beschossen; schließlich gab man den so Eingeperrten einen Revolver und den Rat, sich zu erschließen; drückten die Bergwerksten los, so merkten sie, daß der Revolver nicht geladen war. Oder sie wurden in einen Kellerraum geführt, mußten stundenlang mit dem Gesicht gegen die Wand stehen, während hinter ihrem Rücken Arabiner geladen und Kommandos zur Exekution gegeben wurden. Nachdem sie genügend geprügelt worden waren, wurden manche in Kammern gesteckt, in denen am Fensterkreuz ein Strick hing. Ein Sozialdemokrat, der in der Pape-Strasse war, erzählt mir, daß er ebenfalls in eine solche Kammer geworfen worden sei, in der ein Erhängter noch am Strick hing! Erst nach drei Stunden wurde er wieder herausgelassen! Ueberall war es besetzt, Tote stundenlang zwischen die noch lebenden Opfer zu legen, um die festsitzen Qualen noch zu verstärken! In zahlreichen Fällen wurden Wunden mit Spiritus übergossen! — Wieviele zu Tode gemarterte oder in den Tod Getriebene allein auf das Konto dieser SA-Kasernen kommen, läßt sich auch heute noch nicht überblicken; doch muß für Berlin mit einer Mindestzahl von 250 bis 300 gerechnet werden.

Die Verschleppten blieben meist drei bis vier Tage in den SA-Kasernen und wurden dann ins Polizeipräsidium, bzw. Krankenhaus übergeführt. Doch sah ich in Pödenice einen Mann, der vier Wochen in der General-Pape-Strasse gewesen war, wo er jeden zweiten Tag mißhandelt wurde. Seine Gesichtsfarbe war erbleich und mit zahlreichen Schorfstellen bedeckt. Er sagte, daß die Kaserne Pape-Strasse gegen den Willen der SA von Polizisten mit geladener Waffe, allerdings ohne Gewaltanwendung, geräumt worden sei; aber wie ich weiß, wurde schon nach einem Tag der Betrieb wieder dort aufgenommen und ein kommunistischer Funktionär z. B. wird dort seit acht Wochen gefangen gehalten. Seine Mutter, die ihn einmal sprechen durfte, ist so verängstigt, daß über das Befinden ihres Sohnes nichts von ihr zu erfahren ist.

Als Lager dienete uns im Polizeigefängnis eine 2 Zentimeter dicke Filzmatte mit Wachstuchüberzug, dazu eine Wolldecke; da die Prüßchen überfüllt waren, mußte ich mit andern auf dem Zementboden schlafen. Das Essen war sehr minderwertig. Lebensmittel von Angehörigen durften empfangen werden; da aber Briefe nach draußen mindestens sechs Tage brachten, konnten nur wenige sich Nahrung bringen lassen. Ein altes Wasserloset mitten im Raum aufgebaut und nur auf zwei Zeiten von ihmalem Tuch bedeckt, mußte für die ganze Belegschaft, zeitweise 10 Mann, ausreichen.

Hier saßen die Revolutionäre von 1848.

Von hier aus kam ich nach einigen Tagen in das Zellengefängnis Moabit, wo ich sieben Wochen in Einzelhaft blieb. Dieses Gefängnis ist ein völlig verfallener Bau, dessen Schließung seit langem beabsichtigt war; hier saßen schon die Revolutionäre von 1848!

Das Essen war hier etwas besser, aber natürlich auch minderwertig. Lebensmittelpalette durften

alle zehn Tage empfangen werden. Bücher nicht-marxistischen Inhalts ebenfalls. Tinte, Federn, Papier, Zigaretten, Rasierlingen usw. konnte man in der Kantine kaufen. Zeitungen konnte man abonnieren. Briefe konnten zweimal wöchentlich geschickt werden, brauchten aber 5 bis 14 Tage, um den Adressaten zu erreichen. Die Briefzensur, die sonst von der Abteilung I vorgenommen wurde, befand sich während des April im Dorst-Wessel-Haus; hier wurden sehr viele ein- und ausgehende Briefe ganz unpolitischen Inhalts von den Nazis willkürlich vernichtet. Morgens hatten wir eine halbe Stunde Gänsemarsch im Hof; Sprechen war dabei verboten. Die Behandlung war allgemein preußisch-rauh, aber selten provozierend. Die Zellen sind klein, etwa 5x2,5 Meter; das Inventar dürftig und alt. Als Toilette ein Zinginfäßel mit Deckel, der von Strafgefangenen geleert wird. Au frischem Wasser war Mangel. Unerträglich war die Wanzenplage; nach der zweiten Nacht hatte ich etwa 70 Wanzen. Hände, Arme, Hals schwellen derart an, daß ich ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Auf meine Beschwerde hin wurde die Zelle entwanzt, was immerhin eine beträchtliche Dezimierung, aber leider keineswegs die Vernichtung des Ungeziefers bedeutete.

Bei meiner Entlieferung in Moabit herrschte große Ueberfüllung, so daß in vielen Zellen zwei Mann lagen. Nach Aufgeben von Wachmeistern mir und anderen gegenüber war der Andrang zeitweise so groß, daß noch Ende April Neuangekommene an die SA-Kasernen weitergegeben wurden, obwohl die dortigen Mißhandlungen allgemein bekannt waren! Von Prügelzellen im Gefängnis selbst — bei politischen Gefangenen — habe ich nur einmal gehört. Ein Kommunist, der nach fünf Tagen Hungerstreik einen Selbstmordversuch machte, wurde in den Keller geschleppt und von Wachmeistern mit Gummiknüppeln und Fußtritten bearbeitet. Wunden in meinem Gesicht sah ich selbst. Die folgende Nacht wurden meine Hände an eine lange Eisenstange gefesselt und die Zelle jede halbe Stunde kontrolliert. Die Urliste von fürchterlichen Schreien, die wir zweimal nachts hörten, konnten wir nicht erfahren. Mißhandlungen krimineller Gefangener sind nicht selten.

Keine ärztliche Hilfe in Pödenice.

Eines Tages wurde ich plötzlich ins Strafgefängnis Pödenice transportiert. Die hygienischen Verhältnisse sind hier besser; ein, allerdings veraltetes und verrostetes WC; neuer Strohsack und Bettwäsche; kein Ungeziefer; halbständiger Spasiergang in einem schönen großen Hof. Trotzdem hätte ich wegen der sehr strengen Behandlung in Pödenice meinen Wangenkeiten in Moabit vorgezogen. Die Fenster, völlig aus Holz, sind so hoch, daß man auf Tisch und Stuhl steigen muß, um nur hinausbliden zu können. Doch ist dies streng verboten; wer zweimal dabei erwischt wird, bekommt sofort einen Tag Arrest. Ebenso wer im Hof zweimal beim Sprechen erwischt wird. Als Arrest dient eine enge Kellertreppe, die künstlich verdunkelt ist, ohne Frische, ohne Zigaretten; Nahrung: Wasser und Brot in geringen Mengen; geschlafen wird auf dem bloßen Steinboden mit einer dünnen Decke.

Meine Zelle mußte ich mit einem anderen teilen, der, mangels einer weiteren Zelle, seinen Strohsack auf den Zementboden legen mußte. Tagsüber auf dem Strohsack zu sitzen oder zu liegen ist verboten. Zingen und Pfeifen ist verboten. Rasierlingen, Zahnpasta (!), eigene Bügerei (!) sind verboten. Eine Zeitung darf abonniert werden. Die Gefängnisbibliothek ist natürlich ohne jeden Reiz. Das Essen, von gleicher „Qualität“ wie in Moabit, ist viel schlechter zubereitet, manchmal ungenießbar. Lebensmittelpalette dürfen wöchentlich empfangen werden. Gebadet wird alle zwei bis drei Wochen. Die Badzellen liegen tief unten im Keller; An- und Auskleiden erfolgt in einem eiskalten Korridor, so daß schwere Erkältungen fast unvermeidlich sind. Der Boden dort ist so schmutzig, daß man sich in der Zelle nochmals die Füße waschen muß. Auf dieses „Bad“ habe ich für die Zukunft verzichtet.

Der Mangel an rascher ärztlicher Hilfe ist sehr schlimm. Nur jeden zweiten Tag kann man sich beim Arzt melden lassen. Abführmittel und andere kleine Medikamente bekommt man nur in kleinsten Mengen und frühestens nach einer Woche! Mein Zellengenosse litt an einer schweren inneren Krankheit, die durch das schlechte Essen verschlimmert wurde. Verordnet wurde ihm eine Stunde Petrusche, und obwohl er sich täglich in Krämpfen wand, erreichte er es erst nach acht Tagen, daß der Arzt ihn überhaupt einmal oberflächlich untersuchte! Wer Krankheiten, die raschen ärztlichen Zugriff erfordern, wie Blinddarmentzündung oder Lungenentzündung, hier bekommt, geht rettungslos zugrunde!

Eines Tages wurden mir von einem Beamten einige Fragen in bezug auf meine künftige politische Tätigkeit vorgelegt, und nachdem ich den üblichen Revers unterzeichnet hatte, daß ich mich jeder weiteren Betätigung enthalte, wurde ich entlassen. Mein Paß wurde einbehalten, außerdem muß ich mich regelmäßig auf dem Polizeirevier melden.

Doch man freigelassen wird, ist Glück — und Zufallsache, da die Behörde völlig systemlos vorgeht. Die Unsicherheit, nicht zu wissen, wie lange diese „Schuhhaft“ dauern wird, ist das Schlimmste. Verbücher, die ihre genaue Zeit abzufragen hatten, wurden von uns direkt benedigt. Eingaben um Vernehmung wurden überhaupt nicht beantwortet. Ein einziges Mal in den reichlich zwei Monaten meiner „Schuhhaft“ konnte ich meine Frau zehn Minuten lang unter Aufsicht sprechen. Anwälte erhalten nie Sprecherlaubnis.

Die meisten der Inhaftierten fühlen sich bewußt als revolutionäre Kämpfer und lassen sich durch keinen Terror und keine Schikane beugen. Es stärkt sie das Bewußtsein, daß in Deutschland wie im Ausland an tausend Stellen in proletarischer Solidarität für ihre Befreiung gearbeitet wird.

